

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/82

Bonn, den 29. April 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Bessere Ausgangsposition für 1965

77

SPD und CDU/CSU im Bild der Meinungsforschung

Von Franz Barsig

3

Unfreundlicher Akt

30

Frankreich und die NATO

3

Warum so ängstlich?

16

Zu Ulbrichts Zeitungsaustausch-Angebot

4 - 5

Der Nestor der deutschen Angestelltenbewegung

57

Siegfried Aufhäuser wird 80 Jahre alt

6

Drei-Meilen-Zone genügt nicht mehr

47

Beherrschende Tendenz: Ausdehnung des Racheitengewässer

Bessere Ausgangsposition für 1965

SPD und CDU/CSU im Bild der Meinungsforschung

Von Franz Barsig

Die sozialdemokratische Partei hat nach den Wahlen in Baden-Württemberg offen erklärt, daß sie mit ihrem Stimmerruwachs nicht zufrieden ist. Sie wird deshalb ihre Anstrengungen im Hinblick auf 1965 verstärken. Die Ausgangsposition ist daher auf jeden Fall besser als bei der vorigen im Jahre 1960. Einmal, weil die SPD als einzige Partei gegenüber der Bundestagswahl in allen Zwischenwahlen absolut an Stimmen gewonnen hat, während die CDU/CSU bei allen diesen Wahlen an Stimmen einbüßte. Zum anderen, weil das Erscheinungsbild der SPD beim Wähler heute wesentlich günstiger ist als etwa im Jahre 1960. Dabei muß man auch die Meinungsforschung zu Rate ziehen, selbst wenn man sich natürlich hundertprozentig nicht darauf verlassen kann.

Es ergibt sich zunächst einmal, daß 65 Prozent aller Wahlberechtigten erklärt haben, daß ihnen die SPD seit der Bundestagswahl sympathischer geworden ist, 19 Prozent erklärten, sie sei ihnen unsympathischer geworden und 16 Prozent hatten keine Meinung. Besonders wesentlich ist dabei, daß die SPD-Wähler von 1961 mit 91 Prozent die SPD als sympathischer erklärten und auch 46 Prozent aller Nichtwähler die Frage in diesem Sinne beantworteten.

Die CDU/CSU schneidet hier wesentlich schlechter ab, denn 51 Prozent erklärten sie als sympathischer, 32 Prozent als unsympathischer und 17 Prozent hatten keine Meinung. Das FDP-Ergebnis ist noch schlechter, denn nur 23 Prozent konnten sich entscheiden, diese Partei als sympathisch zu empfinden, 58 Prozent fanden sie unsympathischer und 19 Prozent hatten keine Meinung.

Die Meinungsbefragung gibt auch ein klares Bild, auf welchen Sachgebieten die SPD vorteilhafter beurteilt wird und auf welchen Gebieten sie noch hart zu arbeiten hat. 50 Prozent beispielsweise waren der Meinung, daß die SPD mit dem Problem der Altersversorgung und der Altersversicherung besser fertig werden kann, während nur 36 Prozent das der CDU zutrauten. 47 Prozent der Wähler halten die SPD für die Partei, die stabile Preise erreichen kann, aber nur 38 Prozent trauen das der CDU zu. Bei der Lösung der Steuerprobleme steht die SPD mit 47 Prozent an der Spitze, vor der CDU/CSU mit 37 Prozent. 45 Prozent aller Wähler

trauen der SPD zu, daß sie ein besseres Verhältnis zur Sowjetunion herstellen könnte, während der Prozentsatz der CDU auf diesem Gebiet bei 38 liegt. In der Hoffnung, das Problem der Wiedervereinigung zu lösen, rangiert die SPD mit 43 Prozent vor der CDU mit 39 Prozent.

Es gibt aber auch andere Probleme, bei denen die SPD noch hart zu arbeiten haben wird, denn hier traut man der CDU bessere Leistungen zu, obwohl gerade sie auf diesen Gebieten eklatant versagt hat. Beim Schulproblem beispielsweise sind 50 Prozent der Auffassung, die CDU/CSU könnte es besser lösen, aber nur 33 Prozent geben hier der SPD den Vorrang. 59 Prozent halten die CDU für besser in Fragen der europäischen Vereinigung, während die SPD auf diesem Gebiet nur 24 Prozent erhält. Und selbst bei dem Problem, wer besser für Sauberkeit im öffentlichen Leben sorgt, liegt die CDU mit 44 Prozent in Führung vor der SPD mit 37 Prozent, als hätte es die ganzen Affären der Bundesregierung nicht gegeben. Auf diesem Gebiet gilt es doppelt, Wirklichkeit und Meinung der Bevölkerung in Übereinstimmung zu bringen.

In vielen Fragen wiederum kann die SPD zufrieden sein. 71 Prozent der Wähler sind der Meinung, sie sei eine Partei, die sich darum kümmere, daß auch die Ärmere und Schwächeren zu ihrem Recht kommen. Nur 55 Prozent sagen das auch von der CDU. Ebenfalls 71 Prozent sagen, daß die SPD für Sicherheit und Frieden sorgt, 69 Prozent meinen, daß sie die nationalen Interessen vertritt. 70 Prozent billigen ihr zu, daß sie das Allgemeinwohl im Auge hat und 72 Prozent wiederum erklären, daß sie die Not des Volkes öffentlich zur Sprache bringt. Dafür sind aber 35 Prozent der Wähler der Auffassung, daß die CDU/CSU ein Instrument der Herrschenden und Reichen ist. 43 Prozent meinen, sie kümmere sich nicht genug um den kleinen Mann. 54 Prozent testieren ihr, sie neige zur Alleinherrenschaft und 14 Prozent halten es für ihre vorherrschende Eigenschaft, daß sie Zwietracht sät.

Natürlich ist bei der CDU nicht etwa alles Schatten. Die SPD hat jedenfalls keine ungünstige Ausgangslage, gegenüber 1960 sogar eine stark verbesserte, und es kommt jetzt darauf an, alle Kräfte zusammenzuführen, um Schwächen zu überwinden und die Positiveffekte zu verstärken.

Quelle: Dava Januar/Februar 1964

Unfreundlicher Akt

Frankreich und die NATO

sp - Der Beschluß der französischen Regierung, ihre Marineoffiziere aus dem Flottenkommando der NATO zurückzuziehen, kommt nicht Überraschend, er war als Folge vorangegangener Aktionen erwartet worden. De Gaulle hat besondere Auffassungen über die Rolle, die nach seiner Ansicht Frankreich innerhalb des Atlantischen Bündnissystems zukommen sollte. Über allem steht sein kostspieliger Ehrgeiz, mit Hilfe einer eigenen Atommacht so etwas wie den Schiedsrichter zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu spielen. Ein Blick auf die geographischen und politischen Machtverhältnisse zeigt, daß sich de Gaulle hier übernimmt, eine Ebenbürtigkeit mit den beiden Weltmächten nicht erreichen kann. Immerhin ist er aber stark genug, Sand in das Getriebe der NATO zu streuen und deren militärstrategische Konzeption infrage zu stellen. Es hat keinen Sinn, es zu verschweigen: zwischen dem Frankreich de Gaulles und den Vereinigten Staaten, der Führungsmacht der Weltendemokratie, gibt es auf entscheidenden Gebieten miteinander unvereinbare Auffassungen. Dies betrifft nicht nur das Feld der Verteidigung. In Südostasien verstößt Frankreich gegen amerikanische Lebensinteressen und Bündnisverpflichtungen. In Fragen der Europapolitik tritt Frankreich auf der Stelle, erweist sich sogar als ein Bremsklotz. Innerhalb der NATO gerät Paris in wachsende Isolierung. Der Weg, den de Gaulle einschlägt, ist gewiß nicht geeignet, ihm ein größeres Mitspracherecht innerhalb der NATO zu sichern. Frankreichs Freunde - und es hat viele Freunde - werden de Gaulle nicht folgen. Der Abzug der französischen Marineoffiziere aus den Flottenkommandos der NATO hat keine praktische Bedeutung - das Übergewicht auf der See liegt ohnehin bei den Briten und Amerikanern - aber psychologisch ist dieser Akt von Unfreundlichkeit nicht zu unterschätzen, er wird seine Auswirkungen auf das Verhältnis der Partner zueinander haben. Die Zurückziehung erfolgte ohne Konsultation mit den Verbündeten, doch an solche gezielten Unterlassungen muß man sich wohl bei de Gaulle gewöhnen.

+ + +

Warum so ängstlich ?

Zu Ulbrichts Zeitungstausch-Angebot

sp - Offensichtlich weiß die Bundesregierung nicht, ob überhaupt und wie sie auf das Ostberliner Angebot eines begrenzten Zeitungsaustauschs zwischen der Zone und der Bundesrepublik eingehen soll. Die Erklärung des Regierungssprechers trug den Stempel der Unsicherheit und Verwirrenheit. Natürlich gibt es dabei knifflige Rechtsfragen zu berücksichtigen, doch im Grunde genommen handelt es sich um eine politische Entscheidung. Der Berliner Senat empfahl aus wohlwogener Gründen eine ernsthafte Überprüfung des Angebots, wobei bei einem Zeitungsaustausch auch Berlin zu berücksichtigen wäre. Die Möglichkeit, freie Informationen einem Gebiet zugänglich zu machen, das bisher den Zugang dazu nicht besaß, sollte nicht aus der Hand geschlagen werden. Umgekehrt ist die Lektüre des "Neues Deutschland" nicht so faszinierend, um darin eine Gefahr für die innere Sicherheit der Bundesrepublik ableiten zu können. Weniger ängstlich sein, mehr Selbstvertrauen haben - allein diese Gesichtspunkte sollten bei dem Für und Wider den Ausschlag geben.

+ + +

Der Nestor der deutschen Angestelltenbewegung

Siegfried Aufhäuser wird 80 Jahre alt

H.F. - Siegfried Aufhäuser, der am 1. Mai auf ein 80-jähriges Leben zurückschauen kann, wurde in seiner beruflichen Laufbahn, in seiner gewerkschaftlichen und politischen Aktivität durch zwei Weltkriege, eine gescheiterte Revolution, durch das Deutschland von Weimar und durch das Erlebnis der faschistischen Diktatur gestaltet und geformt. Mit seiner reichen Erfahrung hat er sich nach dem Zusammenbruch des 100-jährigen Reiches an maßgebender Stelle für den Aufbau eines besseren Deutschlands eingesetzt und an der Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft mitgearbeitet.

1884 als Sohn eines Kaufmanns in Augsburg geboren, trat er nach Absolvierung der Real- und Höheren Handelsschule im Jahre 1900 in den kaufmännischen Beruf ein um in Industrie- und Handelsbetrieben das Arbeitsleben des Angestellten im 20. Jahrhundert mit allen seinen sozialen Härten gründlich kennenzulernen. Er erkannte sehr bald die Gewichtsvorlagerung zwischen Arbeitern und Angestellten, vergaß aber niemals, seine Berufskollegen zu mahnen, diese Gewichtsvorlagerung nicht zur Rivalität werden zu lassen und bei aller Verschiedenheit der Funktionen keinerlei Rangordnung zwischen den beiden Arbeitnehmergruppen einzuführen.

Von Hause aus war seine bürgerlich-liberale Einstellung durch keinerlei soziale Erkenntnisse getrübt. Aber schon mit 17 Jahren war er als Lehrling bei den Handlungsgehilfen organisiert. Bald nach der Jahrhundertwende siedelte Aufhäuser nach Berlin über und kam hier in Kontakt mit Rudolf Breitscheid. Zusammen mit Hermann Lüdemann schuf er eine einheitliche Bewegung der deutschen Angestellten, die bis dahin noch nach kaufmännischen und technischen Angestellten getrennt organisiert waren. So konnte er 1915 die "Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände" gründen, die nach 1918 im "Allgemeinen Freien Angestelltenbund" verankert wurde. Aus ihr entstand 1921 dann in Angleichung an den "Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund" der "Allgemeine Freie Angestelltenbund". Schnell kam es mit dem Gewerkschaftsbund zu einer Aktionsgemeinschaft, die bei der Abwehr des Kapp-Futsches 1920 ihre erste Bewährungsprobe bestand, als die beiden Vorsitzenden Carl Legien und Siegfried Aufhäuser gemeinsam zum politischen Generalstreik

29. April 1964

- 5 -

zur Rettung der jungen Demokratie aufriefen.

Zusammen mit Rudolf Breitscheid hatte Aufhäuser über die "Demokratische Vereinigung" den Weg zur Sozialdemokratie gefunden, die er von 1921 bis 1933 als Abgeordneter für den Wahlkreis Berlin im Deutschen Reichstag vortrat. Im sozialpolitischen Ausschuss war er der federführende Obmann der Sozialdemokraten.

Mit dem Machtantritt Hitlers begann die Verfolgung. Am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaftshäuser von der SA besetzt, es folgten Haftbefehle gegen Leipart, Wissel und auch Aufhäuser. Später konnte er in die Emigration entkommen. Über Paris und Prag und London fand Aufhäuser schließlich in den USA Asyl und konnte als Journalist in ständigen Kontakt mit dem amerikanischen Gewerkschaftsbund. Verständnis für die wirtschaftlichen und politischen Erfordernisse eines künftigen neuen Deutschlands wecken. Nach dem zweiten Weltkrieg kehrte Aufhäuser nach Berlin zurück, wo er 1952 zum Vorsitzenden des Landesverbandes Berlin der Deutschen Angestelltengewerkschaft gewählt wurde. Aber er leistete seinen Beitrag nicht nur auf der gewerkschaftlichen Ebene, bei der Schaffung eines neuen Grundsatprogramms und auch bei der internationalen Organisation, groß sind Aufhäusers Verdienste auch bei der Bewältigung der politischen und wirtschaftlichen Nachkriegssituation der alten deutschen Hauptstadt.

In allen seinen Ämtern, in allen Funktionen war Siegfried Aufhäuser vielleicht nicht immer ein bequemer, stets aber ein aufrechter und unbestechlicher Sachwalter der von ihm vertretenen Interessen. Die Demokratie war und ist das Element seines Lebens.

Heute ist er in seinem hohen Alter ein kritischer Beobachter des politischen Lebens und aus seiner profunden Erfahrung ein angesehen Ratgeber.

+ + +

- 6 -

Drei-Meilen-Zone genügt nicht mehr

Beherrschende Tendenz: Ausdehnung der Hoheitsgewässer

mu - In Europa sind die Hoheitsverhältnisse vor den Küsten und auf dem Meeresboden gegenwärtig in einer schnellen "Nationalisierung" begriffen. Die Anliegerstaaten sind dabei, ihre Hoheitsgewässer der See und ihr Verfügungsrecht über den Meeresgrund in schnellem Tempo auszudehnen.

Im März wurde in London von 16 europäischen Staaten die Nordseefischerei-Konvention unterzeichnet. Bereits jetzt haben 12 Staaten, darunter die Bundesrepublik, ihre Unterschrift unter den Vertrag geleistet. Die Schweiz und Österreich, die keine Nordseeküste besitzen, aber in London dabei waren, werden nicht unterschreiben, weil sie desinteressiert sind. Norwegen und Island haben noch nicht unterschrieben, da sie weitergehende Hoheitsrechte für ihren Fischfang wünschen, als es die Londoner Konvention vorsieht.

Im gesamten Nordseebereich, aber auch um England und Irland herum, sowie vor der französischen Atlantikküste besteht nunmehr das Hoheitsrecht einer 12-Meilen-Zone für den Fischfang. Nur Staaten, die vor fremden Küsten regelmäßig fischen, dürfen noch hier und da auf begrenzte Zeit die fremden Fanggründe weiter aufsuchen. Die traditionelle Drei-Meilen-Grenze ist somit in der Nordsee erheblich eingeschränkt worden. Dabei wünschen Norwegen und Island vorbehaltlos als Fischereinationen die 12-Meilen-Grenze ohne Einschränkung.

Ähnlich verläuft die Entwicklung hinsichtlich der Hoheitsgewalt über den Meeresboden, soweit die Nordsee nicht tiefer als 200 Meter ist und als Festlandssockel gilt. Praktisch alle Staaten haben sich zur Genfer Seerechtskonvention bekannt, die den Anliegerstaaten das Verfügungsrecht über die Bodenschätze unter dem Meeresboden zuspricht, der vor ihren Küsten liegt. Da die Nordsee kaum tiefer als 200 Meter ist, wurde sie inzwischen durch die Unterzeichnung der Genfer Konvention praktisch vollständig an die Anliegerstaaten aufgeteilt. Die Jagd nach Erdöl und Erdgas bis hinaus zur Doggerbank kann beginnen.

Den Vereinbarungen über die Genfer Seerechtskonvention war eine Karte beigegeben, welche die gesamte Nordsee aufteilte, falls es nicht zu anderen Grenzziehungen über dem Meeresboden auf der Grundlage zweiseitiger Verträge kommt. Die Bundesrepublik bekam nur ein kleines "nasses Dreieck" zugesprochen, das lediglich den Großraum der deutschen Bucht deckt. Nunmehr strebt die Bundesregierung zweiseitige Verhandlungen, zuerst mit Holland und dann mit Dänemark an, um das deutsche Hoheitsgebiet über dem Nordseegrund zu erweitern. Vor allem im Raum um Borkum möchte Bonn sich ein größeres Gebiet sichern, aus dem vor allem Erdgas und Erdöl erwartet werden können. Die Abgrenzung zwischen Dänemark und der Bundesrepublik soll nach den Vorstellungen von Bonn so gezogen werden, daß das Einflußgebiet der Bundesrepublik möglichst bis zur Doggerbank reicht, unter der ebenfalls Erdgas und Erdöl vermutet werden.

Noch sind die Bestimmungen der Londoner Konvention und der Genfer Konvention nicht auf die Ostsee ausgedehnt worden. Fachleute aber rechnen bereits damit, daß das sowohl wegen des Fischfangs, aber auch wegen der Erdölfelder unter dem Ostseegrund bald der Fall sein wird. Dann werden sich alle Ostseeanlieger zu einer Konferenz zusammenfinden müssen, bei der es dann um Grenzziehungen geht. Die Frage lautet hier: Werden sich Bonn und Pankow bei dieser Konferenz an einem Tisch gegenüber sitzen?